

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

25.4.1929 (No. 96)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14, Fernsprecher Nr. 953 und 954, Postfach Nr. 8515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. Krenn, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrecher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Beitreibung, und Konfiskation der Zeitung ist die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erschiebt. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaßen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Erhöhung des Reichsbankdiskonts

Die Folgen der Gold- und Devisenabflüsse
WTB. Berlin, 25. April. (Tel.) Die Reichsbank hat mit sofortiger Wirkung den Wechselbankdiskont von 6% auf 7% Proz. und den Lombardzinsfuß von 7% auf 8% Proz. erhöht.

Mit der nun erfolgten Erhöhung des Reichsbankdiskonts um ein Prozent war seit längerem infolge der Gold- und Devisenabflüsse aus der Reichsbank zu rechnen. Sie hat den Zweck, ausländische Kredite und Devisen wieder heranzuziehen und den Devisenabfluß zu hemmen und ist die gegebene jeweils in solcher Situation angeordnete Maßnahme. Der jetzige Diskontfuß von 6% Proz. bestand so seit dem 12. Januar, der Lombardfuß von 7% Proz. ebenfalls.

Die notwendig gewordene Diskonterhöhung ist gerade in dieser Periode einer schwierigen Wirtschaftslage und nicht minder schwierigen Finanzlage des Reichs eine sehr einschneidende und empfindliche Maßnahme, was gegenüber den französischen Anstrengungen auf die Politik der Reichsbank hervorgehoben werden muß. Nach dem bisherigen negativen Ergebnis der Pariser Konferenz ließ sie sich nicht länger aufschieben, da sich eben die Hoffnung nicht erfüllte, daß durch eine bessere allgemeine politische Situation und eine Abflauung der durch die Pariser Verhandlungen hervorgerufenen Nervosität die Devisenabzüge eingebremst würden. Diese dürften seit Jahresbeginn über eine Milliarde betragen, wobei allerdings die Übertragungen des Reparationsagenten mitprägen. Dazu kam eine gewisse, nicht zuletzt durch die unantwortlichen und unhaltbaren Inflationsgerüchte hervorgerufene Kapitalflucht, die den Devisenmarkt sehr in Anspruch nahm. Auch kleinere Kapitalflüchten suchten Auslandszuthaben, was wieder als Steuerflucht wirkte, die Finanzlage erschwerte und zu den Kreditaufnahmen des Reichs zwang. Besonders wurde zudem das Reich durch die Darlehen an die Arbeitslosenversicherung belastet.

Die schwierige Finanzlage des Reichs hat auf der Börse am Mittwoch zu einem ziemlich scharfen Kurssturz der Reichsanleihen geführt. Die Neubeschuldigung des Reichs, die noch vor Kurzem einen Kurs von 12 bis 14 Prozent hatte, ging von 11 auf unter 9 Prozent zurück, da erhebliche Verkäufe des Publikums stattgefunden. Erst an der Nachbörse konnte sich wieder eine leichte Erholung durchsetzen. Auch die Aktienmärkte schwächte sich empfindlich ab.

Die Begründung der Diskonterhöhung

WTB. Berlin, 25. April. (Tel.) In der heutigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank begründete die Vorsitzende die vom Reichsbankdirektorium beschlossene Erhöhung des Diskontfußes wie folgt:

Mit der Diskonterhöhung vom 11. Januar d. J. hatte die Reichsbank geglaubt, der verminderten Aktivität der deutschen Wirtschaft entgegenkommen zu sollen. Es konnte dabei an Kauf genommen werden, wenn die Verringerung des Zinsfußes gegenüber dem Ausland angesichts der hohen lang- und kurzfristigen Auslandsverschuldung zu einem verminderten Zustrom oder zu einem Abfließen kurzfristigen Auslandskapitals und damit zu einer Senkung des Gold- und Devisenbestandes der Reichsbank führen würde. Die Gold- und Devisenziehungen haben indessen die Erwartungen weit übertraffen, wozu nicht nur die Anspannung an den wichtigen internationalen Geldmärkten, die fortbestehende Passivität des deutschen Außenhandels, die geringfügige Neuaufnahme lang- und kurzfristiger Anleihen beitragen, sondern vor allem auch die Devisenabflüsse zwangsläufiger Natur, der Zins- und Tilgungsbedarf für die große Auslandsverschuldung und nicht zuletzt die Devisenzahlungen für Reparationszwecke, die mit der Steigerung der Danesannuität auf 2 1/2 Milliarden Reichsmark natürlich steigenden Devisenbedarf hervorrief (vom 1. September 1928 bis 31. März 1929: 733 Millionen Reichsmark gegenüber 442 Millionen Reichsmark im entsprechenden Zeitraum vorher).

Es ist selbstverständlich, daß die Reichsbank versuchen muß, auch einer solchen Entwicklung gegenüber ohne Diskonterhöhung auszukommen, solange der Gold- und Kreditbedarf der privaten Wirtschaft ein gewisses Maß nicht übersteigt; es ist aber bekannt, daß die gelegentlichen Spannungen des Geldmarktes während der letzten Wochen ihre Ursache außer in Saisonerscheinungen größtenteils in der bedauerlichen Kassenlage des Reichs hatten.

Wenn das Reichsbankdirektorium sich nunmehr dennoch ungewöhnlicherweise in einer Zeit noch fortbauender Wirtschaftsdpression gezwungen sieht, den Diskontfuß von 6% auf 7% Prozent und den Lombardfuß von 7% auf 8% Proz. zu erhöhen, so liegt der Grund dafür allein in der bezeichneten Verschlechterung der Gold- und Devisenreserve. Es zeigt sich wieder einmal deutlich, welchen unnatürlichen Zwänge die Diskontpolitik der Reichsbank durch die Notwendigkeit der Verwendung ausländischen Kapitals in der deutschen Wirtschaft und durch die steigenden Devisenerfordernisse für Reparationszwecke unterworfen ist. Die Reichsbank wird genötigt, der deutschen Wirtschaft neue Zinsbelastungen in einer Zeit aufzuerlegen, in der die Wirtschaft zu ihrer Belebung Zinsermäßigung bräuchte.

Letzte Nachrichten für ein Reparationsprovisorium

Ein angelegliches Kompromißprojekt
WTB. New York, 25. April. (Tel.) „Herald and Tribune“ erklärt, Owen Young sei beschäftigt, den Plan eines Kompromißes zu entwerfen, um einem Scheitern der Sachverständigenkonferenz vorzubeugen. Die amerikanischen Sachverständigen hätten Verhandlungen eingeleitet mit dem Ziel, eine Einigung über den Betrag für die nächsten Jahreszahlungen Deutschlands zu erreichen.

„New York Times“, die auf die Überraschung hinweist, die das drohende Scheitern der Sachverständigenkonferenz in der ganzen Welt angesichts habe, berichtet aus Paris über Bemühungen der Sachverständigen, wenigstens ein Teilabkommen zustandzubringen und erklärt, offenbar handle es sich um einen sehr ernst und ehrlich gemeinten Versuch, obwohl er noch nicht sehr aussichtsreich erscheine.

WTB. Paris, 25. April. (Tel.) Der „Newport Herald“ will von einem neuen Zahlungsplan, über den die Delegierten untereinander verhandeln, erfahren haben. Aus der etwas unklaren Fassung muß man herauslesen, daß auf der Reparationskonferenz nur eine provisorische Lösung gefunden werden soll, und zwar auf die Dauer von 10 oder 15 Jahren. Die Annuitäten für diese Periode würden nicht über die von Dr. Schacht in seinem Memorandum vorgesehene Ziffern von 1650 Millionen hinausgehen. Die übrige Regelung würde, nachdem die deutschen Delegierten für die ebengenannte Zeitspanne eine Verpflichtung eingegangen sein würden, den späteren Verhandlungen der Regierung überlassen bleiben. Das Blatt erklärt schließlich, es wisse noch nicht, wie weit die Verhandlungen gehen werden.

Die Kassenlage des Reichs

Mitteilungen des Reichsfinanzministers
WTB. Berlin, 25. April. (Tel.) Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit dem ihm gestern überwiesenen Antrag der Regierungsparteien, dem Reichsfinanzminister die Ermächtigung zur Erhöhung der Anleihen im Haushaltsgesetz des Nachtragsetzes 1928 um rund 201 Millionen Reichsmark zu geben.

Hg. Graf Westarp (D. Natl.) erwiderte dem Minister um genaue Klärung unserer Finanz- und Kassenlage. Außer dem 1400-Millionen-Kredit bestünde jetzt ein 250-Millionen-Zuschuß an die Arbeitslosenversicherung. Weitere 130 Millionen würden für diesen Zweck bis zum April notwendig werden. Das seien keine verwerflichen Ausgaben und dürften daher nicht auf Anleihen genommen werden. Die jetzige Deckung zum Teil durch Bankkredite sei recht bedenklich. Sie schaffe große Beunruhigung und schädige den Kredit des Reichs und der Wirtschaft.

Reichsfinanzminister Dr. Hildebrand erklärte, die Kassenlage sei durch den plötzlich auftretenden Bedarf der Arbeitslosenversicherung verschlechtert. Der Minister legt die Kosten im einzelnen dar, die fastenmäßig Ende März 1929 zu decken gewesen seien, darunter das voraussichtliche Defizit des Etats 1928. Dieses werde vermutlich 80 bis 100 Millionen betragen. Die Arbeitslosenfürsorge einschließlich 64 Millionen für Saisonarbeiter habe bis Ende März 1929 260 Millionen Reichsmark erfordert. Insgesamt habe der Kassenbedarf Ende März 1929 265 Millionen Reichsmark betragen. Davon seien rund 400 Millionen auf Schatzwechsel genommen, 100 Millionen seien Kontokorrent bei der Reichsbank, die übrigen Summen seien von der Post, Reichsbahn, Kreuzenliste und Seehandelbank zur Verfügung gestellt. Es sei ein Spitzenbetrag von 150 Millionen geblieben, der durch einen Kontokorrentkredit der Bank gedeckt worden sei. Die Kassenlage habe sich im April verschlechtert infolge der weiteren Ansprüche der Arbeitslosenversicherung, die im April 65 Millionen Reichsmark betragen haben und voraussichtlich im Mai weitere 30, im Juni weitere 15 Millionen betragen werden.

Aus dem Ausweis der Reichsbank vom 23. April

Sind an Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen 240,4 Mill. Reichsmark in die Kassen der Bank zurückgefloßen; im einzelnen hat der Umlauf an Reichsbanknoten um 228,8 Mill. auf 3918,9 Mill. Reichsmark und der Umlauf an Rentenbankscheinen um 14,2 Mill. auf 414,1 Mill. Reichsmark abgenommen. 2,4 Mill. Reichsmark an Rentenbankscheinen wurden getilgt. Demzufolge haben sich die Bestände der Reichsbank an solchen Scheinen auf 56,5 Mill. Reichsmark erhöht. Die fremden Gelder zeigen mit 796,8 Mill. eine Zunahme um 99 Mill. Reichsmark.

Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen insgesamt haben um 234,7 Mill. auf 2218,8 Mill. Reichsmark abgenommen. Im einzelnen haben sich die Goldbestände um 251,0 Mill. auf 2178,9 Mill. Reichsmark verringert und die Bestände an bedungsfähigen Devisen um 16,3 Mill. auf 39,9 Mill. Reichsmark erhöht. Die Deckung der umlaufenden Noten durch Gold allein beträgt 55,6 gegen 58,6 Proz. in der Vorwoche, diejenige durch Gold und bedungsfähige Devisen 56,6 gegen 59,2 Proz. in der Vorwoche.

Vorgeschrieben ist bekanntlich nach dem Reichsbankgesetz ein Mindestbedungsverhältnis von 40 Proz., das also am 23. April noch immer erheblich überschritten war.

Streifzüge durch die badische Volkszählung

Volksvermehrung aus eigener Kraft — Wanderungsverluste in 22 Amtsbezirken — Bescheidene Geburtenüberschüsse — Stadt und Land — Zwergrstädte und Großdörfer — Rückgang der Jugendklassen — Zukunftsorgen — Steigender Frauenüberschuß — 97 000 Witwen — Die 343 Uralten und 4 Hundertjährigen

hm. Baden, mit 153 Einwohnern auf den Quadratmeter wesentlich über dem Reichsdurchschnitt bevölkert, hat seine Bevölkerung seit der letzten Friedenzählung (1910—1925) um 170 000 oder 8 Proz. vermehrt, eine günstige Ziffer gegen a. B. nur 4 Proz. im Staat Sachsen. Dies Plus stammt ganz aus eigener Kraft, aus dem Überschuß der Geburten über die Sterbefälle. In diesem Überschuß war das weibliche Geschlecht ganz hervorragend beteiligt, mit über 104 000, das männliche nur mit 66 000, obwohl bekanntlich mehr Knaben als Mädchen geboren werden. Die Lebenserwartung des Weibes, seine allgemeine Sterblichkeit ist eine auffallend günstigere als die des sog. „starken“ Geschlechts.

Die Zunahme wäre noch etwas größer, wenn dem Lande nicht 10 755 Männer durch Abwanderung verloren gegangen wären, die durch 8893 weibliche Zuwanderer nicht ganz ausgeglichen wurden, so daß Baden ein Wanderungsverlust von 1862 Köpfen verblieb. Soziologisch wie biologisch ist die Wanderungsbewegung, auch als Binnenwanderung innerhalb der Landesgrenze, eine nicht unerwünschte Erscheinung; sie bedeutet Wirtschaftsausgleich, Kulturmischung und Blutauffrischung. Aber sie bekommt sofort ein anderes Gesicht, wenn sie bestimmte Gebiete hart trifft und dort mit einem empfindlichen Minus abschließt, das an „Landflucht“ streift. So ist es ein bedenkliches Zeichen der Zeit, daß von den 39 badischen Amtsbezirken nicht weniger als 22 einen Wanderungsverlust aufweisen, der in 4 Ämtern sehr erheblich ist, im Bezirk Rahr 4645 Köpfe, Bezirk Bruchsal 3366, Bezirk Sinsheim und Tauberbischofsheim je rund 3000. Umgekehrt haben nur die beiden Bezirke Mannheim mit 14 937 und Konstanz mit 4527 einen nennenswerten Wandererzuein.

Der Geburtenüberschuß ist auch in den ländlichen Bezirken meist nur bescheiden, in einzelnen beängstigend gering, wie im Bezirk Müllheim, wo er noch nicht einmal 1 Proz. der Bevölkerung beträgt und fast Stillstand bedeutet, im Bezirk Schopfheim auch nur 1,87 Proz., in den Bezirken Pfullendorf, Überlingen und Staufen noch nicht 3 Proz. Dagegen zeichnen sich die Bezirke mit größeren Städten durch einen recht stattlichen Geburtenerzuein aus: Mannheim 36 253 oder 14 Proz., Karlsruhe 15 269 oder 7,5 Proz., Heidelberg 12 096 oder 10 Proz. Das Wort der Städtegegner, die Städte seien die „Gräber des Menschengeschlechts“, trifft also nicht zu.

Der Anzugsdruck der größeren Städte entsprechend, kommen diesen auch die Wanderungserzueine zumeist zugute. So verhielt sich das Verhältnis von „Stadt und Land“ zuungunsten der ländlichen Gemeinden, unter welchen die Statistik allerdings alle Gemeinden unter 2000 Einwohnern versteht, ganz gleich, ob ihre Verfassung städtisch oder dörflich ist, hat doch die berühmte kleinste deutsche „Stadt“ Hauenstein nur 206 Bewohner, das größte deutsche „Dorf“ aber, Necklinghausen-Land, über 54 000. Auch in Baden begegnen sich Zwergrstädte mit städtähnlichen Großdörfern wie Steinach 8079 Einwohner, Seddenheim 6872, Lauscha 6384, Mühlertal 5513. Über 5000 haben auch Rohrbach und Pfankstadt, und ein Duzend Landgemeinden über 4000 Einwohner. Im Jahre 1910 saß noch 42 Proz. der Landbevölkerung in ländlichen Gemeinden, 1925 nur noch 38 Proz.

Noch wichtiger wirkt sich ein anderer Vorgang aus, nämlich die Umschichtung der Altersjahrgänge durch den außerordentlichen Rückgang der jugendlichen Altersklassen, die oft über das Schulalter hinaus von der Unterhaltung durch das Elternhaus abhängig sind. Diese Jugendlichen bis zu 14 Jahren zählten im Jahre 1910 noch rund 686 000, aber 1925 nur 569 000, trotz der allgemeinen Volksvermehrung. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung sank von 32 auf 25 Proz., eine Folge des großen Geburtenausfalls während der Kriegsjahre und des allgemeinen Geburtenrückgangs. Mag die Verminderung dieser unproduktiven Jahrgänge augenblicklich auch eine wirtschaftliche Entlastung der Bevölkerung bedeuten, so muß doch dieser Ausfall für die Zukunft bes-

simistisch stimmen, auch in wirtschaftlicher Hinsicht, denn schon heute rechnen Handwerk und Unternehmerschaft damit, daß die deutsche Wirtschaft in naher Zeit einem bedrohlichen Mangel an Arbeitskräften im leistungsfähigsten Alter gegenübersteht, und daß dann in einem unerwünschten Maße auf die Frauenarbeit zurückgegriffen werden muß.

Dahin drängt außerdem bereits heute der zunehmende Frauenüberschuß, der in Baden besonders stark ist, 81.000 gegen nur 24.000 im Jahre 1910. Bis zum 16. Lebensjahre ist das weibliche Geschlecht, weil ja ständig mehr Knaben geboren werden, absolut in der Minderheit. Von 16 bis 20 Jahren halten sich die beiden Geschlechter ziemlich die Waage. Aber vom folgenden Jahr an bekommt das Weib das Übergewicht. Wie groß der Unterschied dann wird, möge man aus den folgenden Reihen entnehmen:

Alter	männlich	weiblich
23-24	21 860	22 992
25-26	19 876	21 642
27-28	16 515	20 125
29-30	14 970	19 571

usw.

Wie eine Lawine wächst die Geschlechterdifferenz also im besten Alter an, steigert die Seiratsnot und drängt das Weib immer stärker in den offenen Arbeitsmarkt, von den weiteren Konsequenzen ganz abgesehen. In steigendem Maße erhebt sich dazu noch die bittere Witwenfrage. Baden zählt 97.000 Witwen neben nur 35.000 verwitweteten Männern, und im ganzen Deutschen Reich sind es über 2,8 Millionen Witwen. Das ist ein Problem von so riesigen Umfang und so großen Schwierigkeiten, daß man bis heute noch nicht gewagt hat, ihm von Staats wegen systematisch näherzutreten.

Der biologische Vorzug des Weibes, stabile Konstitution und geringe Sterblichkeit, wird ihm zuletzt zum Verhängnis. Diese Stabilität reicht unerschüttelt bis in das höchste Lebensalter hinein. Von den 343 badiſchen Urakten im Alter von über 90 Jahren sind 224 Frauen und nur 119 Männer, und daß von den vier über hundert-jährigen Personen in Baden zwei männlich und zwei weiblich sind, ist bei diesen kleinen Zahlen nur ein statistischer Zufall, denn im gesamten Reich verteilen sich die 72 Hundertjährigen absolut zugunsten des Weibes: 46 Frauen und nur 26 Männer.

Aus dem Reichstag

Pensionen und innere Kriegslast — Wächterinnenzuschuß — Die Anleihermächtigung

Im Reichstag wurde am Mittwoch die zweite Beratung des Haushalts für Vermögens- und Anleiherhaltung mit der Annahme in der Ausschlußfassung abgeschlossen. Angenommen wurde auch die Ausschlußfassung, die die schleunige Vorlegung eines Pensionengesetzes für die politischen Beamten fordert. In einer weiteren angenommenen Entschließung wird angeregt, die Etablierung so zu ändern, daß der Pensionsetat für sich erscheint und die Kosten für die Versorgung der Kriegspolizei in den Kriegskostenetat eingestellt werde.

Ohne wesentliche Debatte wurden dann der Etat des Rechnungshofes, der Reichsschulden und des Reichssparatommittars nach den Ausschlußvorstellungen bewilligt.

Der Sozialpolitische Ausschuß legte dann einen Gesetzentwurf vor, der die Wochenhilfe in der Weise erweitert, daß für Arbeiterinnen das Wochengeld für die vier Wochen vor der Entbindung auf drei Viertel des Grundlohnes erhöht, und daß das Wochengeld 6 Wochen nach der Entbindung gezahlt werden soll. In einer Entschließung ersucht der Ausschuß um Regelung des Schwangeren- und Wöchnerinnenzuschusses auch für die Landarbeiterinnen und Hausgehilfen. Die Ausschlußvorlage, die den Kommunisten nicht weit genug, den Christlichnationalen Bauern zu weit ging, wurde in allen drei Redungen mit der dazu vorgelegten Entschließung angenommen.

Die von den Regierungsparteien eingebrachte Vorlage, durch die die Anleihermächtigung der Regierung um rund 200 Millionen erweitert werden soll, bezeichnete ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums als eine rein formelle Änderung des Notetats. Neben der Deutschen Nationalen und der Kommunisten fehlten jedoch Zweifel in die Erklärung und verlangten nähere Aufklärung im Haushaltsausschuß, dem die Vorlage schließlich auch überwiesen wurde.

Die zweite Beratung steht auf der Tagesordnung der heutigen Donnerstagssitzung, die um 3 Uhr mittags beginnt. Außerdem soll heute die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums beginnen.

Badisches Landestheater

Der Wildschütz

In der bekannten Vorhänge Oper, die übrigens gegenüber der Kneinstudierung vor einigen Wochen schon wieder einige schwächere Stellen aufweist, gairierte Elfrida Haberkorn (bisher Dresden) zum zweiten Male auf Anstellung. Nun ist allerdings die Partie der Gräfin keine genügend große Rolle, um selbst für das Fach der Spielactistin ein abschließendes Urteil abgeben zu können. Zimmerlin ließ sich trotz Verengtheit der Aufgabe konzentrieren, daß das technische Fundament der Vortragsweise ziemlich feststeht, und wenn es ihr noch gelingen könnte, den Ton von gewissen Schlacken des Druckes zu befreien und ihr Organ ganz in die richtigen Resonanzräume zu führen, wäre eine Verpflichtung kaum von Nachteil. Denn was das äußere Auftreten betrifft, so scheinen Routine und gute Darstellungskunst im erforderlichen Umfang vorhanden, auch die Mitwirkung in dem ihr fremden Ensemble dürfte befreiend. Wie Jenny Schneider sich bei der Umfassung des Gretchen mit ihrem lichten, durchsichtigen Ton dem Ganzen einfügte, gab weiterhin der Vorstellung eine besondere Note. Auch die musikalische Leitung war geändert, und zwar war die Direktion in die bewährten Hände von Rudolf Schwarz übergegangen.

„Musik aus der Luft“

Die sensationelle Erfindung Professor Therenius

Die Ketherwellenmusik Prof. Therenius, welche die Kulturwelt und Musikwelt in Deutschland und im gesamten Ausland wie ein neues Wunder in größtes Staunen versetzt, wird

Französische Offensive gegen Schacht

Devisenabfluß und Transferschuß

W.B. Paris, 25. April. (Tel.). Die gesamte Pariser Presse, einmütig informiert, sogar über den angeblichen Verlauf einer Sitzung des Transferausschusses, die selbstamerweise in Paris und ohne Teilnahme Deutschlands abgehalten wurde, greift die Politik der Reichsbank an, obwohl bereits für heute vormittag eine Sitzung der Reichsbank anberaumt worden ist, in der die Erhöhung des Diskonts beschlossen werden soll. Das war den führenden Männern der großen Emissionsbanken natürlich bereits bekannt.

Es wird behauptet, daß die Reichsbank absichtlich eine Devisenabgabe vorgenommen habe, um das gesetzlich vorgeschriebene Minimum der Golddeckung von 2400 Millionen Goldmark zu erreichen, und zwar deshalb, um das Wahre zu machen, was in dem deutschen Memorandum, das der Reparationskonferenz überreicht wurde, vorgesehen sei, nämlich, daß es nur eine Frage der Zeit sei, daß man die Transferschußmaßnahmen des Dawesplanes in Kraft treten lassen müsse.

Am 12. Januar 1929, so wird gleichzeitig behauptet, habe Dr. Schacht den Diskontsatz von 7 auf 6½ Proz. herabgesetzt, und seitdem habe er, obwohl der Diskontsatz von den meisten großen Emissionsbanken, besonders denen von New York, London und Amsterdam, heraufgesetzt worden sei, trotz der Notwendigkeit, die auf den Finanzmärkten die Arbeiten der Reparationskonferenz begleiten mußte, seinen Diskontsatz auf 6½ Proz. belassen und so die Verzehrung Deutschlands an Gold und Devisen hervorgerufen. Seit dem 11. Februar, dem Zeitpunkt des Zusammentritts der Reparationskonferenz, habe die Reichsbank auf diese Weise 1150 Millionen Reichsmark an Gold und Devisen verloren, also 7 Milliarden Franken, davon 2 Milliarden allein während der letzten 10 Tage.

Diese Mitteilungen sind der Vorwand zu persönlichen und heftigen Angriffen gegen Dr. Schacht, als deren Modell man den Angriff des „Petit Parisien“ bezeichnen kann. Er lautet: Obwohl man noch nicht genau weiß, was gestern im Transferausschuß vor sich gegangen ist, ist doch klar anzunehmen, daß Parker Gilbert und die übrigen Mitglieder des Ausschusses Dr. Schacht dringend ersucht haben, diesen Zustand abzuwickeln, der sowohl den Interessen der Gläubiger wie den Reichsfinanzen selbst abträglich ist. Wenn es Dr. Schacht gefällt, mit dem Feuer zu spielen, d. h. die finanzielle Zukunft seines Landes zu gefährden, zu dem einzigen Zweck, seine Tölpelhaftigkeit und die geringe Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu bekräftigen und die Gläubiger in Verlegenheit zu bringen, dann haben diese, die zu Wächtern des Dawesplanes bestimmt sind, andererseits die Macht und die Pflicht, zu fordern, daß derartige Manöver schnellstens aufhören.

Dr. Berlin, 25. April (Priv.-Tel.). Gegen die Reichsbank sind auch in Deutschland wiederholt Angriffe erhoben worden, einmal daß das Transferkomitee die Reichsbank zu der Diskonterhöhung veranlaßt habe, und dann daß die Bank die Devisenreserve bis zum letzten Pfennig aufgebraucht hätte. Demgegenüber weist man in informierten Kreisen darauf hin, daß das Transferkomitee keinerlei Fühlung mit der Reichsbank genommen hat. Wegen des zweiten Punktes wird auf die (an anderer Stelle mitgeteilte) Begründung der Diskonterhöhung verwiesen.

Dr. Stresemann beim Reichspräsidenten

W.B. Berlin, 25. April. (Tel.). Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, zum Vortrag.

Die dänischen Wahlen

W.B. Kopenhagen, 25. April. (Tel.). Bei den gestern abgehaltenen Wahlen zum Folketing erhielten nach dem vorläufigen Schlußergebnis: Konservative 233 868 Stimmen (24 Sitze), Linke 402 146 (43), Radikale 151 729 (16), Sozialdemokraten 599 285 (61), Rechtsverband 25 795 (3), Schleswiger 9787 (1), Kommunisten 3655 (0).

Die Sozialdemokraten gewannen 8 Mandate, der Rechtsverband 1 Mandat, während die Konservativen 6 und die Linke 4 Mandate verloren. Die Mandatszahl der Schleswiger Partei und der Radikalen bleibt unverändert. — Auf den Faeroer-Inseln finden die Wahlen bekanntlich zu einem späteren Zeitpunkt statt.

Das dänische Kabinett hat seine Demission gegeben. Man rechnet mit einem Linkskabinett unter sozialdemokratischer Führung.

In dem aufgelösten Folketing, der zweiten (Abgeordneten-) Kammer des dänischen Reichstags, war die Verteilung der Mandate wie folgt: Sozialdemokraten 53, Bauernliste (gemäßigte Linke) 47, Konservativen 30, Demokraten (radikale Linke) 16, Rechtsstaatspartei (Vobereformier) 2, Deutsch-schleswiger Partei 1. Die Abgeordneten des Folketing werden durch allgemeine geheime und direkte Verhältniswahl gewählt. Wahlberechtigt sind alle Staatsbürger über 25 Jahre, die im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Prinz Heinrich von Preußen ist Mittwoch nachmittag auf Schloß Hemmelmar bei Weichselmündung. Der Reichspräsident war durch Staatssekretär Reihner vertreten.

von dem auf Prof. Therenius Initiative gebildeten „Theremin-Trio“ ab 1. Mai bis 15. Mai im Colosseumtheater zu Karlsruhe zur Vorführung gelangen.

Das Eigentümliche und Verblüffende an dem Thereniusischen Apparat besteht in erster Linie darin, daß Töne ohne Zuhilfenahme von irgendwelchen mechanischen Vorrichtungen gleichsam aus der Luft erzeugt und durch freie Bewegung der Hand im Raume in ganze Musikstücke geformt werden. Dabei läßt sich — und das ist wieder das Eigenartige und Verblüffende — eine in ihrem Umfang bei anderen Instrumenten kaum erreichbare Tonkala erzielen, beginnend von den höchsten der Grenze des Hörbaren liegenden Töne, bis zu den tiefsten Tönen, wie man sie vielleicht noch bei einer Orgel hören kann.

Wie bei anderen Musikinstrumenten, so kann auch beim Therenius-Apparat eine Tonmodifizierung (Änderung der Tonstärke) erreicht werden, allerdings in einem viel höheren Maße, als dies bei den üblichen Musikinstrumenten der Fall ist. So läßt sich ohne Mühe das garteste Pianissimo wie auch das gewaltigste Fortissimo in feinsten Abstufungen dem Apparat oder richtiger gesagt, der Luft entlocken.

In bezug auf den Toncharakter hat man es hier wiederum mit einer einzigartig dastehenden Erfindung zu tun. Es besteht die Möglichkeit, mit dem Therenius-Apparat so gut wie jede beliebige Klangfarbe hervorzuzaubern. Interessant ist dabei, daß die jeweiligen Klangfarben nicht unbedingt den bereits bekannten Timbres gleichen müssen, daß vielmehr in unser Ohr ganz neuartige, bisher unbekannt gebliebene Klänge dringen. Bald hört sich die Melodie vielleicht einem Cello, einer Geige, bald einer menschlichen Stimme ähnlich an.

Die Reform der Arbeitslosenversicherung

Eine notwendige Finanzmaßnahme

In Berlin verlautet, daß der Entwurf zur Reform des Arbeitslosenversicherungsgesetzes noch während der laufenden Sommerferien eingekürzt und verabschiedet werden soll. Diese Reform wird auf allen Seiten als dringend bezeichnet, besonders angesichts der Tatsache, daß die gegenwärtige schwache Käufkraft des Reichs, vor allem durch die notwendig gewordenen Darlehen an die Arbeitslosenversicherung, mitverschuldet wurde, die bereits auf 925 Millionen angenommen werden, und auf deren Rückzahlung das Reich lange und warten können. Als wertvolle Unterlage für dieses Problem ist der Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung erschienen, in dem die Arbeit von 15 Monaten geschildert ist.

Die Anstalt gliedert sich in 13 (früher 22) Landesarbeitsämter und 361 (881) Arbeitsämter und rechnet im Haushaltsjahr 1929 mit 12.810 Beamten und Angestellten bei ihren Arbeitsämtern gegen 13.500 im Jahre 1927. Die Verminderung um 190 Stellen geht auf die Entlastung durch die besonderen Maßnahmen für die berufsunfähig Arbeitslosen zurück. In Einkünfte und Ausgabe verfügte die Anstalt 1928 über rund 1,3 Milliarden oder nach Abzug der besonderen Mittel und durchlaufenden Posten für Armen-, berufsunfähige und werkschaffende Arbeitsloosensfürsorge über rund eine Milliarde mit 840 Millionen Einnahme aus den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung und 816 Millionen Ausgaben für die Unterhaltungen. Der einzelne Unterhaltete bezog monatlich im Durchschnitt 81,73 M. Die Ausgaben für Personal- und Sachbedarf der Anstalt betrugen 7,2 Proz. Es steden darin also auch die Kosten für Arbeitsvermittlung und Berufsberatung.

Die öffentlichen Arbeitsnachweise der Landwirtschaftlichen Arbeitsvermittlung treten nach dem Gesetz erst am 1. Januar 1931 endgültig an Stelle der gewerblichen Arbeitsvermittler.

Den wintertlichen Ausschlag in der Arbeitslosigkeit schätzte der Bericht auf 1,2 Millionen Arbeitnehmer, die allerdings nicht alle dabei berufsunfähig Arbeitslosigkeit erfahren, d. h. eine Arbeitslosigkeit, mit deren regelmäßiger Wiederkehr in dem Gewerbe zu rechnen ist, und der bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Rechnung getragen ist. Wenn ein solcher Arbeitnehmer in der Saison höhere Löhne aus diesem Grunde beansprucht und auch erhält, kommt er in eine höhere Klasse und hat damit Anspruch auf höhere Unterhaltung. Hat er nicht damit doppelte Vorteile? Durch das Gesetz vom 24. Dezember 1928 ist diese Frage geregelt: innerhalb der berufsunfähigen Arbeitslosigkeit erhält er nur sechs Wochen Unterstützung, sonst ist er an die Sonderfürsorge verwiesen, deren Kosten zu vier Fünfteln das Reich, zu einem die Reichsanstalt trägt, und die Arbeiterfürsorge ist, d. h. im Höchstfalle nach Lohnklasse VIII berechnet wird, während z. B. am 15. Dezember 1928 14,9 Prozent der Empfänger in den drei höheren Lohnklassen IX bis XI versichert waren.

Eine neue Separation?

Dr. Berlin, 25. April (Tel.). Der mehrfach erwähnte Gedanke, im Herbst einen Nachtragsetat zum Reichshaushalt 1929 einzubringen und hierbei auf die verлагten Steuererhöhlungen, vor allem auf die Biersteuer, zurückzukommen, hat laut „Berliner Tageblatt“ bisher keine feste Gestalt angenommen. Dagegen erhält sich die Strömung, die eine neue Separation bevorzugt. Dabei ist u. a. an eine grundsätzliche Änderung der Methoden bei der Anleiheverwaltung gedacht. Ferner erwägt man eine Änderung des Rentenbankgesetzes mit dem Ziel, die Rückzahlung der Reichskredite an dieses Institut auf einen längeren Zeitraum zu verteilen.

Die Saarleihe genehmigt

W.B. Saarbrücken, 25. April. (Tel.). Wie verlautet, hat die Regierungskommission nunmehr den saarländischen Bürgern nach einer Sammelanleihe, mit der die dringendsten Aufgaben für öffentliche Arbeiten befreit werden sollen, zugestimmt. Die Höhe des Anleihebetrages soll allerdings von 260 auf 187 Millionen Francs ermäßigt werden. Die Zustimmung ist grundsätzlicher Natur. Ein genauer Vorschlag über die Unterbringung der Anleihe, über ihre Modalitäten usw. liegt noch nicht vor.

Reparationsforderungen Rumäniens und Südslawiens

W.B. London, 25. April. (Tel.). Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet: Die griechische, die rumänische und die südslawische Regierung haben kürzlich dem Reparationsfachverständigenausschuß in Paris schriftlich gestellt, in denen ihre Standpunkte in der Reparationsfrage auseinandergesetzt wurden. Jede der Regierungen hat eine Erhöhung ihres prozentualen Anteils an den deutschen Reparationen gefordert mit der Begründung, daß die österreichischen, ungarischen und bulgarischen Reparationszahlungen ausbleiben seien.

Die Deutschen im tschechoslowakischen Staat

Sie verlangen Verfassungsrevision

In der Jahresversammlung der Deutschen Völkerverbundliga für die Tschechoslowakei in Prag dankte der Vorsitzende, Senator Dr. Reisinger, in einem Überblick über die in der letzten Watsstagung des Völkerverbundes gegebenen Anregungen dem tschechischen Senator Dandurand sowie dem Minister des Äußeren Dr. Stresemann für ihre Ausführungen.

Wenn der tschechoslowakische Staat gegenüber seinen nationalen Minderheiten ein so gutes Bewußtsein habe, als vorgegeben werde, könne er sich ohne Gefahr neutral verhalten und den Aktionen des Völkerverbundes freien Lauf lassen. Wir verlangen, fuhr Reisinger fort, das uns versprochene Schweizer System. Wir haben über die Verletzung der garantierten Rechte in den Jahren 1920 bis 1923 dreizehn Klagen überreicht. Zurückziehen könnten wir diese Klagen nur, wenn sich das tschechische Mehrheitsvolk endlich entschließt, seine im Jahre 1919 in Vertretung unserer Bedeutung für den Staat begangene Sünde gut zu machen und die uns aufgezogene Verfassung schrittweise durch eine vereinbarte zu ersetzen. Solange das nicht geschieht, bleibt die deutsch-tschechische Frage trotz Teilnahme der Sudeten-Deutschen an der Verwaltung und Regierung ungelöst.

Zur Lehrerbildung. Im Bildungsausschuß des Reichstages kam am Mittwoch eine Bittschrift des Deutschen Lehrervereins zur Behandlung. Sie fordert für die Lehrer ein mindestens dreijähriges Studium auf einer Hochschule. Da innerhalb der Regierungsparteien eine Einigung nicht erzielt wurde, wurde die Abstimmung vertagt und die Einzuziehung eines Regierungsvertreters beschlossen.

Der erste Professor für Luftfahrt. Dr.-Ing. Georg Madelung, Abteilungsleiter der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt, ist zum ordentlichen Professor auf dem neuerrichteten Lehrstuhl für Luftfahrt an der Technischen Hochschule Berlin ernannt.

Gemeinderundschau

Wichtige Projekte für die Stadt Bühl

Auf Veranlassung des Ministeriums des Innern fanden mit den zuständigen Persönlichkeiten der Stadt Bühl Besprechungen und Besprechungen statt, die wichtige Lebensfragen für die Stadt Bühl zum Gegenstand hatten. Von besonderer Bedeutung für die Stadt Bühl ist die Marktfrage. Von der Regierung war die Anlegung ausgegangen, den aus drei Hauptteilen bestehenden Markt aus der Hauptstraße zu verlegen, um dem wachsenden Verkehr bessere Durchgangsmöglichkeiten zu schaffen. In der Einwohnerschaft ist dieser Plan auf starken Widerstand gestoßen. Die Stadt Bühl will nun eine neue Umgehungsstraße schaffen und dafür einen Betrag von etwa 60 000 M aufbringen. Weiterhin kam dann noch die Überbrückung der Müllot und die Freilegung des Kirchenplatzes nach Süden zur Sprache, worin die idealste Lösung der Marktverlegungsfrage erblüht wird. Hierfür sind jedoch mindestens 200 000 M notwendig, die die Stadt augenblicklich nicht flüssig machen kann. Ob die Regierung irrtümlich Darlehen gibt, ist ebenfalls fraglich. Beschlüsse in den verschiedenen Fragen wurden nicht gefasst.

Die Straßenbahngesellschaft Offenburg, Lahr, Kehl, Bühl hielt vor wenigen Tagen ihre Konferenz in Offenburg ab. Die Bürgermeister fast aller Bahnhaltungen waren erschienen und legten ihre Fahrplanwünsche und sonstigen Anregungen vor, die Direktor Donner zu prüfen und möglichst zu erfüllen versprach. Offenburg erstuchte um Wiedereinrichtung der Haltestellen am Marktplatz und in der Königsvorstadt. Der Vorsitzende erklärte, nach Erbauung der neuen Johannisbrücke und deren Fertigstellung Anfang August den Wunsch im Aufsichtsrat zur Beratung zu stellen.

Der Bürgerausschuß Bellingen hat in seiner Montagssitzung ein umfangreiches Vorlagenprogramm angenommen, darunter die Herstellung eines großen Messe- und Festplatzes um 60 000 M, der bei dem großen deutschen Athletenfest, um das sich neben Bellingen auch Leipzig beworben hat, zum erstenmale in diesem Sommer benutzt werden soll; ferner den Verkauf des Paradiesgrundstückes in der Nähe der Bahn, auf welchem ein modernes Hotel errichtet wird, unter gleichzeitiger Verbreiterung der Brückstraße beim Bahnhof und der anschließend direkt in die Stadt führenden Straße. Den Hauptpunkt bildete der Wohnungsbau 1929, nach welchem für 1 100 000 M Wohnungen aller Art gebaut werden sollen. Da dieses Programm größer ist als alle in den letzten Jahren, hofft man, die Wohnungsnot wesentlich zu beheben. Es wird mit 120 bis 130 Wohnungen gerechnet, die mit städtischer Unterstützung gebaut werden. Wegen eine geplante starke Erhöhung der Umlage zur Fürsorgekasse, durch die die städtischen Finanzen wider Erwarten in Anspruch genommen würden, wurde Protest eingelegt.

Kraftpostlinie Donaueschingen—Schaffhausen. Am 15. Mai wird die schon für das vergangene Jahr angekündigte Eröffnung der Postautolinie Donaueschingen—Schaffhausen erfolgen. In einer Konferenz in Schaffhausen, bei der zahlreiche interessierte Persönlichkeiten Badens und der Schweiz anwesend waren, wurde die Errichtung der Linie beschlossen. Sie ist gewiß der Erfolg für das nicht endgültig erledigte Randenbahnprojekt. In beiden Richtungen Donaueschingen und Schaffhausen werden durchgehende Postzüge laufen. Man hofft nicht nur, daß ein lebhafter Verkehr von Donaueschingen, Bellingen, Schwenningen und Mottweil das Publikum zum Besuch des Rheinfalls nach Schaffhausen führen wird, sondern daß auch umgekehrt eine Zunahme des Fremdenstromes von der Schweiz nach der Donaueschingen, der Saar und dem Schwarzwald eintritt.

Kapitalbelegung durch die Opelwerke. Der Ausbau der Opelwerke und die Beteiligung der amerikanischen General Motors an der Erweiterung der Betriebe hat sich für die Gemeinde Müllersheim (Hessen) außerordentlich günstig ausgewirkt. Die im Jahre 1928 erhobene gewerbliche Anlagen- und Betriebskapitalsteuer basiert auf einem Steuerwert von 11 Millionen Reichsmark. Im Verlaufe des Jahres 1928/29 hat sich der Wert mehr als verdreifacht, so daß der augenblickliche Kapitalwert sich auf über 37 Millionen Reichsmark erhöht hat. Infolgedessen konnten die Gewerbesteuerfächer für die Allgemeinheit von 86 auf 30 Pf. herabgesetzt werden. Weiter bedeutet diese Kapitalaufwanderung, daß dem Müllersheimer Gewerbe für das Steuerjahr 1928 circa 50 Prozent der gezahlten Beiträge zurückerstattet werden.

Aus der Landeshauptstadt

Todesfälle. Eine verdiente Karlsruher Persönlichkeit ist durch den Tod von Altstadtrat und Gründer des großen Karlsruher Baugeschäfts Stober, Wilhelm Stober, dahingegangen. Der Verstorbenen stand im 87. Lebensjahre. Im Alter von 60 Jahren übergab er sein Geschäft zur Weiterführung seinen Erben. Außer einigen beruflichen, leitenden Posten war er Stadtrat von 1905 bis 1911, sowie einige Jahre Bezirksrat, von 1907 bis 1919 Kirchenältester der Südwestpfarre und im Vorstand des Mutterhauses für Kinderschwester; im Aufsichtsrat der Vereinsbank von 1903 bis 1920. In seinem 75. Lebensjahre legte er alle Ämter nieder und zog sich ins Privatleben zurück. — Am Dienstag verstarb nach jahrelangem Leiden im Alter von 84 Jahren der frühere Bankdirektor Wilhelm Albrecht.

Ein evangelisches Schulheim für Mädchen und Frauen. Mittwoch nachmittag wurde das neue Schulheim für Mädchen und Frauen, das in einem Hause der Kaiserallee eingerichtet ist, feierlich eröffnet. Nach den Ausführungen des Jugendpfarrers Kappes stellt das „Daheim“ einen neuen Typus unter den badischen Fürsorgeheimen dar. In das Heim werden aufgenommen: Jugendliche aus unglücklichen häuslichen Verhältnissen, die hier in Lehr- und Arbeitsstellen gehen. Ferner Gefährdete im engeren Sinne, halblöse Jugendliche und Volljährige, meist als Freiwillige. Dazu kommt eine besondere Abteilung für Mütter mit Säuglingen und Kleint Kindern, die vom Heim aus in Arbeit gehen und in der Freizeit ihre Kinder pflegen. Eine weitere Gruppe sind solche Berufstätige, feierlich Schwankende, welche von der eigenen Familie in Stich gelassen worden sind. Ferner kommen noch dazu entlassene Gefangene und andere Hilfsbedürftige für eine Übergangszeit, bis ihre Verhältnisse geklärt sind.

Konkurs einer Konzertagentur. In einer am Mittwoch vor dem Amtsgericht stattgefundenen Gläubigerversammlung bezeichnete der Konkursverwalter die Vermögenslage Kurt Neufelds Konzertagentur als traurig. Mitteln von 1042 M stehen Schulden von 34 000 M gegenüber. Der Konkurs hat besonders dadurch Aufsehen erregt, weil eine große Anzahl Taubere Freunde, die sich bei Neufelds Karten für ein Tauber-Konzert beschafft hatten, nun um den erwarteten Kunstgenuss und das Eintrittsgeld gekommen sind. Die Forderungen der Tauber-Gläubiger belaufen sich auf 5000 M. Das aus dem Konkursverlaufe erlöste Geld war zur Begleichung von Schulden und Bezahlung von Wechseln verwendet worden.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. In der europäischen Druckverteilung hat nun seit gestern wieder eine für die Bitterung der Folgezeit wesentliche Änderung eingetreten. Das nordwestliche Hochdruckgebiet ist durch eine zwischen Island und England vorstehende atlantische Zyklone vom Grönlandhoch getrennt und nach Süden gedrängt worden. Damit ist der Kaltluftstrom über dem Nordmeer, der seit mehreren Tagen auf der Mittelsee des nordosteuropäischen Niedrucksgebietes das Festland überflutete, unterbrochen. Für die nächsten Tage steht daher wieder wärmeres Wetter bevor. **Wetterausichten:** Wärmer, vielfach heiter und meist trocken bei schwacher Luftbewegung.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Mosbach, 25. April. Die Stadtgemeinde Mosbach wird noch in diesem Jahre den Plan eines neuen Postgebäudes verwirklichen, so daß der Postbus bis zum Winter fertiggestellt sein wird.

D3. Waldmühlbach (Amt Mosbach), 25. April. In den hiesigen Wäldern brach gestern ein Brand aus, der großen Schaden verursachte. Der ganze Jungwuchs dürfte durch den Brand vernichtet sein. Heute aus Kagental und Waldmühlbach eilten mit Schaufeln und Gaden herbei, um ein Umfingreifen des Feuers zu verhindern. Die Wälder sind im Privatbesitz. Der Brand dürfte durch Feuerfunken aus einer vorbeifahrenden Lokomotive entstanden sein.

D3. Walsbühl, 25. April. Der Geschäftsführer des hiesigen Bauernvereins, ein Bruder des noch in den Franzosen erschossen Schlageter, verunglückte dieser Tage dadurch, daß ein Hund in das in voller Fahrt befindliche Motorrad Schlageters lief. Der Fahrer stürzte und erlitt schwere Verletzungen.

D3. Kastatt, 24. April. Garnisonsoverwaltungsinspektor a. D. Josef Burg kann in körperlicher und geistiger Frische seinen 80. Geburtstag feiern. Der Jubilar ist Veteran von 1866 und 1870/71.

D3. Emmendingen, 24. April. Der Umbau des Emmendinger Tross, der mit Rücksicht auf die Verkehrsbehinderung notwendig wurde, wird nach einem Entwurf des Freiburger Architekten Meißel, dessen Entwurf als der geeignetste und schönste preisgekrönt wurde, nach einem Beschluß des Gemeinderates ausgeführt werden.

26. Speyer, 24. April. Die Instandsetzungsarbeiten an der Schiffsbrücke in Speyer sind nun soweit gediehen, daß der durchgehende Eisenbahnverkehr wieder aufgenommen werden kann. Am 27. April, beginnend mit dem Zug 1033 Speyer ab 6.26 Uhr, verkehren die Züge wieder über die Schiffsbrücke. Wegen der noch vorzunehmenden größeren Mauerarbeiten, die größere Zugpausen erfordern, müssen die Züge 1039 Speyer ab 10.30 Uhr, 1040 Speyer ab 11.12 Uhr, 1047 Speyer ab 15.07 Uhr und 1046 Speyer ab 15.45 Uhr noch auf die Dauer von etwa 14 Tagen zwischen Speyer und Lühfshof entfallen. Sie verkehren nur rechtsrheinisch bis und ab Lühfshof.

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

	25. April	24. April		
		Gold	Wien	
Amsterdam 100 G.	169.18	169.53	169.17	169.61
Kopenhagen 100 Kr.	112.28	112.50	112.33	112.55
Italien 100 L.	22.06	22.10	22.075	22.115
London 1 Pf.	20.439	20.479	20.45	20.49
New York 1 D.	4.2110	4.2190	4.2135	4.2215
Paris 100 Fr.	16.455	16.955	16.47	16.51
Schweiz 100 Fr.	81.108	81.124	81.105	81.265
Wien 100 Schilling	59.14	59.26	59.19	59.31
Prag 100 Kr.	12.465	12.485	12.471	12.491

Der Privatbistort wurde für beide Sichten um je 1/2 Proz. auf 7 Proz. erhöht.

Zellstofffabrik Waldbach, Mannheim. In der Aufsichtsrats-sitzung wurde die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1928 vorgelegt. Aus einem Gewinn von 8 283 637,15 M (i. V. 6 887 040,39) soll nach Abschreibungen von 3 543 052,14 M (i. V. 3 153 963,18) eine **Dividende von 13 1/2 Prozent** (i. V. 12 Prozent) auf die Stammeinlagen ausgeschüttet werden. Generalversammlung 28. Mai 1929.

Grün & Wülfinger, Mannheim. Die Gesellschaft, die wie bereits berichtet, aus 1 258 110 M Reingewinn eine **Dividende von 12 Prozent** verteilt, weist in ihrer Bilanz aus: Kasse mit 82 660 (58 232) M, Banken und Postkassen mit 1 409 892 (1 298 099) M, Wertpapiere mit 178 123 (1) M, Außenstände mit 3 002 896 (2 198 246) M, Forderungen mit 778 000 (816 000) M, Geräte und Maschinen mit 1 254 474 (1 892 688) M, Reichsmark und Vorräte mit 377 271 (439 945) M. Auf der Passivseite stehen bei unverändert 4 410 000 M Aktienkapital, Reserven mit 441 000 (380 000) M, Versicherungsrücklage mit 150 000 (100 000) M und Gläubiger mit 828 687 (553 901) Reichsmark. Sicherheitsleistungen stehen auf beiden Seiten mit 1 710 493 (851 168) M zu Buch.

Allgemeine Gold- und Silberbeschaffungsförderung. Nach dem oben veröffentlichten Geschäftsbericht für 1928 beträgt der Bilanzüberschuß nach Abhebung der Abschreibungen für Abnutzung, Minderstellungen und vertragsmäßige Forderungen für den Vorstand, einschließlich des Vortragss aus 1927 123 194 Reichsmark. — Der Aufsichtsrat schlägt folgende Verwendung vor: 4 Proz. **Dividende** auf das Aktienkapital 48 000 M, Forderungen an den Aufsichtsrat 6862 M, 5 Proz. **Superdividende** 60 000 M, Vortrag auf neue Rechnung 8331 M. Die Generalversammlung findet am 27. April statt. Aus dem Bericht ist zu ersehen, daß die Firma die für den Geschäftszweig mögliche und seit längerer Zeit in Angriff genommene Rationalisierung zur vollen Auswirkung brachte. Dadurch konnte abermals eine volle Beschäftigung der gesamten Anlagen gewährleistet werden. Wenn trotzdem der Reingewinn sich nicht im Verhältnis erhöhen konnte, so liegt dies an den gesteigerten Abgaben und Steuern sowie den Mehraufwendungen für sonstige Unkosten, speziell auch an den größeren Ausgaben für Löhne und Gehälter.

Anserm großen Neubau

will auch der

Zweite Bazar

am **Mittwoch, den 1. Mai, und Donnerstag, den 2. Mai 1929**, in den Räumen unseres Mutterhauses, Sophienstraße 53, dienen.

Eröffnung: Mittwoch, den 1. Mai, vorm. 9 Uhr

Ausklang: **Kirchenmusikalische Abendfeier am Donnerstag, 2. Mai, abends 8 Uhr, in unserer Kapelle.**

Wer legt uns noch was auf den Tisch?
Wer trägt uns Kaufleute herzu durch sein Kommen?

Gernich lädt alle ihre Freunde ein die

Evang. Diakonissenanstalt Karlsruhe.

Steuerkursus

Das lebhafteste Interesse, das unserem Steuerkursus im November v. J. entgegengebracht wurde, veranlaßt uns

einen zweiten Steuerkursus

am **29., 30. April** und am **1. und 2. Mai** jeweils abends von 8–10 Uhr in der **Handelskammer**, Karlstr. 10, kleiner Sitzungssaal, Obergesch., abzuhalten.

Anmeldung erbeten. Teilnahme 30 RM.

Badische Treuhandgesellschaft

Gegründet 1910 A.-G. Gegründet 1910
Erbprinzenstraße 31 Telefon 4602

O.900. Gengenbach. Über das Vermögen des August Fleemann, Fuhrhalter, und dessen Ehefrau, Justina geb. Schill in Untereisenbach, wird heute vormittag 9 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses angeordnet, da Fleemann zahlungsunfähig ist. Als Aufsichtsperson ist Justizrat Dr. von Amelungen, Rechtsanwält in Zell a. S., bestellt. Gengenbach, 23. April 1929. Amtsgericht.

O.866. Wertheim. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Georg Hörner, G.m.b.H. in Kemnath ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzechnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht vertretbaren Vermögensstücke bestimmt auf: **Mittwoch, den 15. Mai 1929, nachmittags 4 Uhr** in das Amtsgerichtsgebäude Wertheim, I. Stock, Zimmer Nr. 1. Wertheim, 16. April 1929. Amtsgericht.

Arbeitsvergebung. Beamtenhaus für 4 Familien in **Stöckach**. O.882 Nachstehende Arbeiten sind zu vergeben: Erd-Mauer- und Zementarbeiten ca. 140 cbm Beton, 300 cbm Badsteinmauerwerk; Zimmerarbeiten 50 cbm Holz; Kunststeinarbeiten ca. 10 cbm; Schinde- und Dach-

bedeckungen ca. 480 qm Dachflächen und Blecharbeiten ca. 70 m Rinnen. Zeichnungen, Bedingungen u. Angebotsformulare können von 8–12 und 2–5 Uhr beim Bezirksbauamt Konstanz, Schillerstraße 9, vom 29.–30. April und in Stockach vom 25.–27. April von 8–12 Uhr im Amtsgericht Zimmer Nr. 9 eingesehen werden. Die Angebote sind bis spätestens am **Samstag, den 4. Mai, vorm. 10 Uhr** an das Bezirksbauamt Konstanz, Schillerstraße 9, einzureichen, wofür auch die Eröffnung der Angebote stattfindet. **Zuschlagsfrist drei Wochen.** Konstanz, 23. April 1929. Bezirksbauamt.

Karlsruhe. O.892 Güterrechtsregistereinträge.
1. Zu Band I, Seite 227: **Speich, Alois, Milchhändler, Karlsruhe** und **Sofie geb. Lukas.** Vertrag vom 12. April 1929. Gütertrennung. 15. IV. 29.
2. Seite 228: **Storz, Gabriel, Wertheimer, Karlsruhe** und **Frieda geb. Seig.** Vertrag vom 12. April 1929. Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 15. IV. 29.
3. Seite 229: **Gauf, Ludwig, Hilfsarbeiter, Karlsruhe** und **Friederike geb. Wöger.** Vertrag vom 12. April 1929. Gütertrennung. 15. IV. 29.

4. Seite 230: **Maier, Julius, Kaufmann, Karlsruhe** und **Erna geb. Geismar.** Vertrag vom 13. April 1929. Gütertrennung. 15. IV. 29.
5. Seite 231: **Pfarrer, Leopold, Hilfsarbeiter, Darglanden** und **Emilie geb. Horzel.** Vertrag vom 15. April 1929. Gütertrennung.
6. Seite 232: **Pfirrmann, Wilhelm, Monteur, Karlsruhe** und **Pauline geb. Zinghoff.** Vertrag vom 15. April 1929. Gütertrennung.
7. Seite 233: **Freysberg, Alfred, Drogerie, Karlsruhe** u. **Julie geb. Panig.** Vertrag vom 16. April 1929. Gütertrennung 20. IV. 29. Amtsgericht Karlsruhe.

So. 27. April. Zum erstenmal **Debus**, So. 28. April, **Weissinger**, Im Konzerthaus: **Der Proseur Mary Dugan**, No. 29. April, **Nathan der Weise**, Di. 30. April, **Einmaliges Gastspiel Curt Götz: Trio.**



Colosseum

Nur noch bis Dienstag
Die große REVUE
Es ist waslos

Badisches Landes-theater

Feitag, 26. April *F 24 (Freitagmiete) Th.-Gem. 1201—1300

Hans Heiling

Oper von Max Mayer Dirigent: Schwarz Regie: Krauß

Ritornellende:
Meiling, Scheidbader, Weber = u. Hartung, Löfer, Rentwig, Rühr, Gröbinger. Anfang 20 Ende n. 22 1/2 Preise C (1—7 RM)